Notstand der Republik

Zur jüngsten Entwicklung des Notstands der Berliner Annexionsrepublik (November 2010)

Stehendes Heer und Generalstab – Monopole ordnen sich das Militär unter (zum Bericht der Weise-Kommission)

Oberst der Reserve und Befehlshaber der Arbeitslosenunterdrückungsämter, Dr. h.c. Frank-Jürgen Weise, legte im Oktober diesen Jahres den „Bericht der Strukturkommission der Bundeswehr“ vor. Dem harmlos klingenden ersten Teil des Titels folgt der nächste Teil „Vom Einsatz her denken“. Dieser Angriff auf den Frieden, auf die Arbeiterklassen und Völker der Welt und andere Staaten zieht sich durch den gesamten Bericht. Der Titel heißt übersetzt „Vom deutschen Krieg her das Militär organisieren“ und würde in einem Staat der bürgerlichen Demokratie zu einer sofortigen Verhaftung, Anklage und Verurteilung der gesamten Kommission wegen Kriegsvorbereitung führen.

Wer sind die Mitglieder der Kommission? Neben dem Vorsitzenden Oberst d.R. Weise steht der Stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Heinrich Driftmann. Driftmann ist Vorsitzender des DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag), also der Vertreter der Monopol-bourgeoisie. Neben ihm erscheint Prof. Dr. Jürgen Kluge, Vorstandsvorsitzender der Haniel&Cie. Gmbh, Aufsichtsratsvorsitzender der METRO AG und der Celesio AG sowie ehemaliger Leiter des BRD-Büros von Mc Kinsey. Außerdem die ehemalige Präsidentin des Bundesrechnungshofes und des Europäischen Rechnungshofes, Dr. Hedda von Wedel. Und zur Durchsetzung des Kriegskurses in der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften Hans-Ulrich Klose von der SPD. Für verdi war Michael Peters von der Fachgruppe Bundeswehr als Gast beteiligt. Neben Dutzenden Generälen hat der deutsche Imperialismus auch Militärattachés bzw. Vertreter der Verteidigungsministerien von Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden als Gäste geladen. Nicht berichtet wird, ob die Militärattachés von Frankreich und Großbritannien als Antwort auf die Sitzung in der deutschen Kommission umgehend die Erneuerung der Entente Cordiale zwischen Frankreich und England mit ihren Atomwaffen und Flugzeugträgern beschlossen und weltweit verkündet haben.

Bekannt ist, daß die Kommission der Monopolbourgeoisie Bericht erstattet und evtl. neue Weisungen entgegengenommen hat: *„Am 28. Juni 2010 fand beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) eine Veranstaltung mit nahezu 50 Vertretern von Unternehmen mit Zulieferbeziehungen zur Bundeswehr statt. Repräsentiert waren Großunternehmen ebenso wie klassische Mittelständler der wehrtechnischen Industrie und Dienstleister.“* (Bericht der Kommission, Seite 104)

Die Weise Kommission empfiehlt:

Ersetzung der Wehrpflicht durch ein stehendes Heer

Aussetzung der Wehrpflicht und Aufbau eines stehenden Heeres/Berufsarmee mit 180.000 Soldaten. Davon stehen 15.000 Soldaten in einem *„freiwilligen militärischen Dienst in der Bundeswehr“*, der zwischen 15 bis 23 Monate dauert (Bericht S. 28). Dieser Teil hängt eng zusammen mit dem aufzubauenden Heimatschutz bzw. der Heimatschutzpflicht (siehe letztes IZ). Im Bedarfsfall muß *„die personelle und materielle Aufwuchsfähigkeit aufrecht erhalten werden“* (Seite 26).

Hinzu kommen noch 50.000 Zivilbedienstete, das wären 25.000 weniger als zur Stunde. Aber die 50.000 müssen unbedingt dem gesamten Militärapparat zugerechnet werden (Seite 43).

Zur Begründung für den Aufbau eines Berufsheeres wird genannt:

Die Wehrpflicht ist der technologischen Innovation des Militärs nicht gewachsen (Seite 17).

Die Bundeswehr ist konsequent auf den Einsatz (also Krieg) auszurichten. Die Sicherung der See- und Handelswege gewinnt an Bedeutung.

Der Krieg gegen das eigene Volk und die Mobilisierung des ganzen Volkes und sämtlicher Ressourcen im In- und Ausland für den kommenden Weltkrieg steht im Mittelpunkt:
„Basierend auf den Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre, ist und bleibt das Konzept der Vernetzten Sicherheit auch vor dem Hintergrund möglicher zukünftiger Entwicklungen richtungsweisend für die gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge. Krisen und Konflikten muss weiterhin frühzeitig vorbeugend begegnet werden, um ihre Auswirkungen auf Deutschland auf Distanz zu halten. Hierzu bedarf es eines effektiven Zusammenwirkens aller relevanten Akteure, zivil wie militärisch, national und im internationalen Rahmen. Das ganze Spektrum von weichen bis hin zu harten Faktoren von Macht – Wissen, Werte, Wirtschaft, Waffen – muss in Betracht gezogen und wenn nötig aktiviert werden, will man nachhaltige Sicherheit und Stabilität erreichen." (Seite 16)
Im übrigen wird auf die Grundlagen des Weißbuch 2006 verwiesen.
Dem Volk gaukelt die Berliner Regierung vor, der Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee sei notwendig, um Milliarden einzusparen. Im Kommissionsbericht ist zu lesen*: „Die Realisierung dieser Vorschläge wird kurzfristig Geld kosten"*, um anschließend die Lüge der Regierung aufzugreifen *„mittel- und langfristig jedoch Geld sparen"*. Klar ist, daß das Militär und die Rüstungskonzerne weitere Milliarden aus den Taschen des Volkes und den Arbeiterkassen rauben werden. Die Rente ist sicher – in der Kriegskasse!

Zentralisierung des Militärapparats durch den Aufbau eines Generalstabs und die weitere Entmachtung des zivilen Ministeriums
Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat zur Stunde keine Befehlsgewalt über die Streitkräfte. Diese sind geteilt in Heer, Luftwaffe, Marine, Sanitätsdienst und Streitkräftebasis. Die einzelnen Streitkräfte Heer, Luftwaffe etc. werden geführt von den jeweiligen Generalinspekteuren und sollen – so lautet eine Begründung, die Bundeswehr sei eine „Parlamentsarmee" - in Form der Gewaltenteilung die Oberhoheit des zivilen Kriegsministeriums suggerieren. Diese Konstruktion der Gewaltenteilung und eines befehlslosen Generalinspekteurs wird seit der Remilitarisierung ständig aufgeweicht und durchbrochen zugunsten des verbotenen Generalstabs. Die nach der Annexion der DDR errichtete Streitkräftebasis stellt beispielsweise einen solchen Vorstoß dar.
Der Generalinspekteur soll zukünftig nicht mehr nur der Berichterstatter gegenüber dem Minister sein. Der Generalinspekteur erhält die Befehlsgewalt über die gesamten Streitkräfte und die Generalinspekteure der Teilstreitkräfte werden zu Oberbefehlshabern außerhalb des Kriegsministeriums degradiert. Der Generalinspekteur wird damit real zum Chef des Generalstabs, der sämtliche Streitkräfte unter sich und den Oberbefehl über sie hat. Er führt die 180.000-Mann Armee Bundeswehr mit seinem Stab, also dem Generalstab. Unter ihm gibt es dann noch zwei Führungsstrukturen: Eine ist das Einsatzführungskommando in Potsdam für den Krieg gegen andere Länder und Völker. Die zweite ist die Streitkräftebasis für den Krieg gegen die Arbeiter und das Volk im eigenen und im annektierten Land, dem auch der Heimatschutz unterstellt ist.
Die Notwendigkeit der weiteren Zentralisierung des gesamten Militärapparats unter dem Generalstab resultiert auch aus der Kriegführung im II. Weltkrieg. Zu Beginn des Krieges hatten die Teilstreitkräfte eigene Generalstäbe, die sich öfter in die Quere kamen und die Kriegsführung erschwerten. Später kam es zu einer weiteren Zentralisierung, wobei der Generalstab des Heeres das größte Gewicht hatte, Reibereien aber nie ganz ausgeräumt werden konnten. In Zukunft soll das Zusammenwirken unter dem Generalinspekteur geübt, in Manövern und in Kriegseinsätzen aufeinander abgestimmt und für den großen Krieg einsatzfähig organisiert werden. So, wie es im I. Weltkrieg war.
Weiter schlägt die Weise-Kommission vor, das Kriegsministerium von 3.000 auf 1.500 Bedienstete zu halbieren und in Berlin zu zentralisieren. Ein Vorzeigeprojekt einer „Parlamentsarmee" ist momentan die formale Trennung von zivilen und militärischen

Beschäftigten im Kriegsministerium. Jedem zivilen Beschäftigten sitzt ein Soldat gegenüber. Künftig sollen die zivilen und militärischen Abteilungen verschmolzen werden, was zu einer Erweiterung der Macht des Militärs führt. Dies zeigt auch der nächste Vorschlag. Wird der Kriegsminister zur Stunde noch von 2 Staatssekretären vertreten, so soll ein Staatssekretär abgeschafft und der Generalinspekteur zugleich den Rang und die Funktion eines Staatssekretärs erhalten. Der Generalstabschef wird sogar in einer Reihe mit dem Minister genannt*: „Die Leitung umfasst in der neuen Struktur neben dem Bundesminister der Verteidigung die Parlamentarischen Staatssekretäre, den Staatssekretär und den Generalinspekteur (Chief of Defence). Damit geht eine Stärkung des Generalinspekteurs einher, um seiner zentralen Rolle in den Planungs- und Entscheidungsgängen mehr Gewicht zu verleihen. Die militärischen Organisationsbereiche werden aus dem Ministerium ausgegliedert, der bislang eigenständige Organisationsbereich Zentraler Sanitätsdienst wird in die Streitkräftebasis integriert."* (Seite 62)
War der Militärapparat bisher der größte Gewinner des Staatsumbaus und des Notstands der Republik, eines Apparats, der das Kriegsministerium immer wieder außer Kraft setzte wie z.B. beim Bundeswehr-Einsatz von Tornados im Inneren in Heiligendamm, so erhält das Militär eine solche Macht, die das Ministerium real an die Wand drückt und von einer „Parlamentsarmee" nichts mehr übrig lässt. Mit dieser weiteren Verschärfung des Notstands der Republik wird zugleich die bürgerliche Republik, die bürgerliche Demokratie noch mehr vernichtet. Selbst der ehemalige CDU-Staatssekretär im Kriegsministerium, Willy Wimmer, spricht von einem kalten Putsch durch die Errichtung des Generalstabs (der Freitag, 20.7.2010).

Weitere Unterordnung des Militärapparats unter das Monopolkapital
Der Generalinspekteur leitet den Rüstungsrat. Der Rüstungsrat ist zuständig für die Material- und Ausrüstungsplanung. Der Generalinspekteur entscheidet über den Fortgang von Rüstungsprojekten. Künftig sollen auch Vertreter der Industrie ohne Stimmrecht in den Rüstungsrat hinzu gezogen werden. Die engere Verzahnung von Industrie und Militär wird in dem Bericht immer wieder hervorgehoben. Damit erhalten einzelne, besonders aggressive Monopole direkten Zugriff auf das Militär, aus dem der Rüstungsrat zusammengesetzt ist. In Fortsetzung von Willy Wimmer kann man auch sagen, daß es sich bei der Umsetzung des Weise –Berichts um einen kalten Putsch bestimmter Teile der Monopolbourgeoisie handelt. Oder besser: Die aggressivsten Teile des Monopolkapitals erwirken einen kalten Putsch zusammen mit dem Militär, das sie sich immer mehr unterordnen. Die Rolle der Reichswehr und der aggressivsten Monopole bei der Ablösung der Staatsform der bürgerlichen Demokratie durch die offene Gewalt ist bekannt, insbesondere seit der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre.

Die Parteien des Monopolkapitals, des Bürgertums und der Generalstab begrüssen den Weise-Bericht und fordern die Umsetzung:
CDU/CSU: „Die Vorschläge der Bundeswehr-Strukturkommission umsetzen"
FDP: "Jede Wahrheit braucht einen Mutigen, der sie ausspricht".
SPD: „Guttenberg sollte Weise folgen"
Die Grünen: „Bundeswehr: Reformvorschläge jetzt umsetzen"
Der Generalinspekteur der Bundeswehr begrüsst den Bericht.

Gewerkschaften:
Verdi war in die Kommission eingebunden und hat sich nicht negativ geäußert.
Von den anderen DGB-Gewerkschaften sind bislang keine Stellungnahmen bekannt. Sie werden also nichts gegen den Umbau der Bundeswehr unternehmen, d.h., sie unterstützen ihn.

Die Linke: *„Die Fraktion DIE LINKE betrachtet die Empfehlungen der Strukturkommission als Wegweiser in eine grundsätzlich falsche Richtung. Sie fordert die Bundesregierung auf, stattdessen eine Reform einzuleiten, die die Bundeswehr radikal verkleinert, defensiv ausrichtet und zivil kontrolliert.“* (MdB Paul Schäfer)

Damit ist klar: Alle Parteien des Monopolkapitals und des Bürgertums sowie die Agenten der Monopolbourgeoisie in den Gewerkschaften, der Generalstab samt Offizierscorps treten für den Aufbau des stehenden Heeres, des Generalstabs und die engere Verzahnung von Wirtschaft und Militär ein.
Auf parlamentarischem Weg ist der Aufbau der Berufsarmee nicht zu stoppen. Ebenso wenig über das Bundesverfassungsgericht. Selbst ein Teil des pazifistischen Kleinbürgertums wie Teile der DFG/VK begrüßen die Aussetzung der Wehrpflicht und halten eine Berufsarmee für einen Schritt in die richtige Richtung.
Um so klarer sind die Aufgaben der klassenbewussten Arbeiter: Es ist zuerst einmal die Arbeiterklasse, die den Kampf gegen den Um- und Ausbau der Bundeswehr aufnehmen muß. Durch Aufklärung und Agitation innerhalb der Klasse und in den Gewerkschaften. Notwendig sind kleine Aktionen gegen das Militär durch die klassenbewusstesten Arbeiter, um sich beim Volk Gehör zu verschaffen und eine Politik der Volksfront beginnen zu können.

Bahn und Bundeswehr: Räder müssen rollen für den Sieg - oder:
Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will
Die Bahn ist unerlässlich für die moderne Kriegsführung. Sie ist unerlässlich für die Eroberung anderer Länder, für den Transport von Truppen, Material und Nachschub sowie für den Abtransport der geraubten Güter. Der größte Aufmarsch von Eisenbahnen in der Geschichte des Imperialismus fand statt mit dem Überfall des deutschen Imperialismus und seiner Vasallen auf die UdSSR im Jahre 1941. Zur Vernichtung ganzer Völker wie auch der Juden war die Eisenbahn ebenso unerlässlich. Aber auch zum Transport der konterrevolutionären Truppen wie etwa gegen die Novemberrevolution 1918 ist die Bahn unerlässlich. Dafür aber muß die Bahn verlässlich sein. Antworten die Bahnarbeiter auf den Kriegstransport mit der Arbeiterhaltung „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“, dann bricht der Aufmarsch gegen andere Länder zusammen oder er wird blockiert bzw. verzögert, was eine revolutionäre Erhebung sehr befördern kann. Stehen die Räder dann auch still für den Transport der Konterrevolution, so wird das Rad der Geschichte vorwärts bewegt. Das wissen die klassenbewussten Arbeiter und das weiß ebenso der Militärapparat der Großbanken und Konzerne inclusive der Bahn-Vorstände. Die Weltwirtschaftskrise und der deutsche Überfall auf seine Konkurrenten mittels des Exports von Waren und Kapital beschleunigt weitere Annexionen, Okkupationen und den Weg in den Weltkrieg in riesen Schritten. Den Waren- und Kapitalexport betreibt der deutsche Imperialismus mit einem breiten Angriff auf die Arbeiterklasse im eigenen Land: Mit einer wahnsinnigen Steigerung der Ausbeutung durch Verlängerung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeiten, die selbst junge Arbeiter an den Bändern nicht mehr durchhalten und sie zusammenbrechen. Mit Hungerlöhnen und Sozialraub, die Millionen Arbeiterfamilien in die schiere Verzweiflung treiben. Mit Maßnahmen also, die Millionen Arbeitern den Glauben an den Kapitalismus austreiben und immer mehr auch ihre Hoffnung in die Sozialdemokratie beerdigen.
Weltkrieg und Klassenkrieg, das ist der materielle Boden, auf dem die Bundeswehr mit der Bahn im Oktober 2010 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen hat, nach der ehemalige Zeitsoldaten des Militärs verstärkt bei der Bahn eingestellt werden. Vom Offizier als Ingenieur oder Techniker bis zum Unteroffizier als Facharbeiter oder Arbeiter ohne Berufsausbildung. Die Deutsche Bahn AG meldet:
*„**Kooperationsvereinbarung zwischen DB Netz AG und der Bundeswehr geschlossen***
DB Netz AG strebt Übernahme von Soldaten für ausgewählte Tätigkeitsbereiche an und

ermöglicht Praktika / Bundeswehr qualifiziert Soldaten mittels gezielter Förderungsmaßnahmen (Nürnberg, 22. Oktober 2010)
.... Einer der Wegbereiter der Kooperation ist der ehrenamtlich tätige Arbeitskreis Bundeswehr und Wirtschaft, der die Zusammenarbeit als Partner unterstützend begleiten wird. Nach erfolgreicher Umsetzung in Bayern soll das Projekt zunächst auf Baden-Württemberg und dann auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet werden. ...
Die Bundeswehr-Zeitschrift „aktuell" schreibt in am 1. November 2010, worauf es ankommt:
„Soldaten auf Zeit tragen früh Verantwortung und verlassen die Bundeswehr nicht nur mit Fach- und Führungsfähigkeiten, erläutert der Generalleutnant (Wolfgang Born). *Vielmehr trage der Dienst in den Streitkräften auch zur Charakterbildung und zur persönlichen Weiterentwicklung bei."*
Die Bahn rüstet auf und greift die Bahnarbeiter an mit charakterlich weitergebildeten Elementen des Militarismus, die die Bundeswehr zu Arbeiterfeinden und Kriegstreibern dressiert hat. Überall werden Unteroffiziere der Reserve unter der Arbeiterschaft eingepflanzt, Feldwebel der Reserve in den Meisterbüros oder als Vorarbeiter. Militärische Korsettstangen vom Ausbesserungswerk über den Gleisbau bis hin zu den Stellwerken und den Führungsetagen der Deutsche Bahn AG. Sie sollen die Kriegs- und Durchhaltefähigkeit der Bahn genauso sicherstellen wie den Transport der Konterrevolution gegen die Arbeiter und das Volk. Das zeigt aber zugleich, wie wenig die Monopole und ihr Militärapparat selbst den rückständigsten Teilen der Arbeiterklasse trauen, zu denen die westdeutschen Bahnarbeiter und die Beamtenschaft der Bahn zweifellos seit Jahren schon zählen.
Wie wenig die Großkonzerne den Arbeitern trauen, oder umgekehrt: Welche Kraft sie der Arbeiterklasse zutrauen, verdeutlicht eine weitere Kooperation der Bahn, nämlich mit der Streikbruchorganisation THW. Schon kurz nach der Annexion der DDR, im Jahr 1994, schloss die Bahn einen ersten Kooperationsvertrag mit dem THW, der zehn Jahre später erneuert wurde. Die Berliner Regierung antwortet auf eine Anfrage der Linkspartei am 11.10.2010 (Drucksache 17/3286):
„Die im Jahr 2004 geschlossene Vereinbarung ist eine Rahmenvereinbarung ausschließlich für Fälle Technischer Hilfeleistung außerhalb einer Gefahrenabwehrsituation. Sie regelt die organisatorischen Rahmenbedingungen und lässt gleichzeitig die Möglichkeit zu, besondere Einzelvereinbarungen mit den Landesverbänden des THW über bestimmte Leistungen zu schließen. Liegt eine Gefahrenlage vor, kann das THW ausschließlich von der zuständigen Feuerwehr imRahmen der Amtshilfe gerufen werden.
Für das THW lag der Grund für die Vereinbarung in einer besseren Ausbildung der Helferinnen und Helfer und einer damit verbundenen Steigerung der Leistungsfähigkeit in einer Großschadenslage. Zudem sollten die Organisationseinheiten des THW besser im Katastrophenschutz vernetzt werden, damit im Ernstfall Ansprechpartner und Verfahrensweisen bekannt sind. Ansprechpartner für Bundesressorts wie auch für private bundesweit tätige Unternehmen ist die THW-Leitung. Bei der Rahmenvereinbarung mit der DB AG geht es nicht allein um die Verknüpfung auf Einsatzebene, sondern auch um die Vernetzung auf höherer Führungsebene und grundsätzliche bundesweit einheitliche Regelungen. Grundsätzlich stehen der DB AG alle Leistungen des THW zur Verfügung. Beispielhaft sind hier Bergungs- und Aufräumarbeiten, Freiräumen von Gleisen, Ausleuchten von Unfallstellen, Stromversorgung für Geräte, Verpflegung und Versorgung von Hilfsmannschaften, Materialtransport, Bewegung von Lasten und Herrichten von Zufahrten und Aufstellflächen zu nennen."
2009 wurden 94 Einsätze bzw. Übungen und Manöver des THW durchgeführt, die von der Bahn AG angefordert wurden. In den ersten 9 Monaten des Jahres 2010 kam es schon zu 150 Einsätzen des THW!

Von der DGB-Gewerkschaft Transnet ist kein Aufschrei über die Bedrohung ihrer Mitglieder und der Bahnbeschäftigten durch einen Haufen Zeitsoldaten bekannt. Sie stört es anscheinend nicht im Geringsten, wenn zukünftig immer mehr Militaristen in die Betriebsräte gewählt werden und auch in die Transnet eindringen. Genauso wenig bekannt sind Abwehrhaltungen der GDB und anderer Branchengewerkschaften der Bahn. Auch der DGB selbst bezieht keine Stellung gegen die weitere Militarisierung und Unterminierung eines großen Bereichs seiner Mitgliedergewerkschaft. Alle Genossen und Freunde, die in der Transnet Mitglied sind, mit der Transnet zu tun haben oder Bahnkollegen kennen, müssen sie über diese Angriffe auf sie und ihre Rechte unterrichten und versuchen, erste Stellungnahmen, wenn auch nur von einzelnen Kollegen, zu erreichen.

Deutsche Industrie und deutscher Kriegsminister nennen imperialistische Kriegsziele
„DIHK-Präsident: Bundeswehr soll Handelswege freihalten
Bundespräsident Horst Köhler trat zurück nach missverständlichen Äußerungen über die wirtschaftliche Bedeutung von Auslandseinsätzen. Jetzt wird das Thema an prominenter Stelle wieder aufgebracht.
"Die Armee muss sich dringend den neuen Anforderungen stellen", sagte der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Hans Heinrich Driftmann, der auch Mitglied der Expertenkommission zur Reform der Bundeswehr ist. „Dabei geht es um unsere ureigenen legitimen Interessen – auch die der Wirtschaft", sagte Dittmann in einem FOCUS-Interview. Für den Exportvizeweltmeister Deutschland „wäre es eine Katastrophe, wenn die Handelswege, insbesondere nach Südostasien dauerhaft eingeschränkt oder bedroht wären", so Driftmann. „Die dürfen wir nicht Piraten überlassen."....
Driftmann, der vor seinem Eintritt in das Unternehmen der Familie seiner Frau bei der Bundeswehr und im Verteidigungsministerium Karriere gemacht hat, äußerte massive Kritik am Zustand der Bundeswehr. „Wir haben heute eine relativ große Armee – allerdings sind von den 250 000 Soldaten auf dem Papier faktisch nur maximal 8000 einsatzbereit. Mehr kann man zum Beispiel gar nicht gleichzeitig in Auslandseinsätze schicken. Das ist bitter wenig."
Focus, 29.8.2010

Kriegsminister zu Guttenberg wiederholt:
„"Die Sicherung der Handelswege und der Rohstoffquellen sind ohne Zweifel unter militärischen und globalstrategischen Gesichtspunkten zu betrachten", sagte Bundesverteidigungsminister Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg zur Eröffnung des 9. Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskongresses in Berlin. "Ohne Zweifel ist auch die Energieversorgung eine wesentliche Komponente bei den Veränderungen im internationalen Kräftegleichgewicht."
Der Verteidigungsminister gab ausdrücklich seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass entsprechende Äußerungen des früheren Bundespräsidenten Horst Köhler auf Kritik gestoßen seien. Köhler hatte gesagt, dass es bei Einsätzen der Bundeswehr in Asien und anderswo auch um wirtschaftliche Interessen Deutschlands gehe. Dazu sei u.a. die Sicherung von Rohstoff- und Energiequellen und der Schutz der Handelswege vor Piraterie zu rechnen. Beispielhaft nannte zu Guttenberg die existenzielle Bedeutung seltener Erden für die elektronische Industrie."
ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Pressemitteilung vom 9.11.2010

Die Bahn transportiert – und die Bundeswehr sichert die Strecken

Einsätze des Staatsapparats gegen das Volk
Ein Teil des Bürger- und Kleinbürgertums geht auf die Straße. Allerdings nicht gegen die stärkste Bedrohung ihrer Interessen, gegen den Notstand der Republik – obwohl doch genau diese Republik im Notstand gegen sie mit Polizei, Militär, Geheimdiensten vorgeht.
Beim Castor-Transport hat die Bundeswehr der Polizei Kasernen zur Verfügung gestellt, Verpflegung für die Polizei organisiert und mindestens einen Verbindungsoffizier in den Einsatzstab der Polizei entsandt, also die Gewaltenteilung von Polizei und Militär erneut aufgehoben, um die Manöver und Übungen des umgebauten Staates fort zu setzen.
Mehr noch. Eliteeinheiten der französischen CRS-Polizei waren mit der Bundespolizei im Einsatz. Die CRS-Polizisten schlugen auch auf dem Staatsgebiet der BRD auf Demokraten ein. Das niedersächsische Innenministerium, das den Polizeieinsatz im Wendland leitete, war nicht einmal informiert, daß französische Polizeieinheiten über das Berliner Innenministerium eingesetzt werden. Der deutsche und französische Imperialismus haben bei der Niederschlagung des eigenen Volkes nicht nur 1871 auf den Gewaltapparat des Waffenbruders gegen die Arbeiterklassen zurück gegriffen, als deutsche Soldaten bei der Niederschlagung der ersten Arbeiterregierung der Welt in Paris mitgemetzelt hatten. Nach dem spanischen Bürgerkrieg hat der französische Imperialismus die Kämpfer der Internationalen Brigaden interniert und an den Hitlerfaschismus ausgeliefert. Nach dem II. Weltkrieg holte der deutsche Staat Polizisten aus anderen Staaten erstmals im Jahr 2006 in die BRD. Bei der Fußball-Weltmeisterschaft. Damals wurden sie noch nicht gegen das Volk eingesetzt, vier Jahre und eine Weltwirtschaftskrise später wird der gemeinsame Einsatz gegen das Volk durchgezogen zum Schutz des Systems der Monopolbourgeoisie. Aber nicht nur Polizisten der französischen CRS-Polizei, die auch an den bestreikten Tanklagern in Frankreich die Arbeiter niederknüppelten, waren an der Seite der Bundespolizei:
„Das niedersächsische Innenministerium hatte am Donnerstag mitgeteilt, auf Einladung des Landes seien als Beobachter auch niederländische, polnische und kroatische Polizisten vor Ort gewesen. Offenbar wird das Durchprügeln des Castors als Lehrstück für europäische Polizeieinheiten betrachtet. Daß auf Einladung der Bundespolizei auch Franzosen dabei waren, sei der Hannoveraner Regierung hingegen »nicht bekannt« gewesen. Dabei oblag dem Bundesland die Gesamtleitung des Polizeieinsatzes. »Es wäre ein Skandal, wenn voll bewaffnete Polizisten aus dem Ausland in Niedersachsen illegal im Einsatz waren und Aktivisten verprügelt haben«, sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Pia Zimmermann. Der Bundestag hatte im Juni 2009 mit den Stimmen der damaligen Regierungsfraktionen CDU/CSU und SPD beschlossen, daß ausländische Polizisten von der Bundespolizei mit Vollzugsaufgaben betraut werden können. In Frankreich gilt das gleiche – ihre Feuerprobe bestand die Regelung, als deutsche Wasserwerfer während des NATO-Gipfels im April 2009 auf französischem Boden Demonstranten beschossen. Solch ein Einsatz darf dabei nur unter Leitung und »in der Regel« bei Anwesenheit der Polizei des Gastlandes erfolgen. Voraussetzung ist allerdings ein Ersuchen der »einladenden« Polizei.“
Ulla Jelpke, 13.11.2010

„THW beim Castor
Das Technische Hilfswerk ist mit einem Team aus verschiedenen Landesverbänden beim Castor-Einsatz dabei. Annähernd 20 Experten sollen helfen Demonstranten, die sich an Eisenbahnschienen festgekettet oder einbetoniert haben, aus den Situationen zu befreien.“
THW, 07.11.2010

Bundeswehr und Stuttgart 21
„Karlsruhe, 08.09.2010, Landeskommando Baden-Württemberg.
Unter Leitung des Kommandeurs des Landeskommandos Baden-Württemberg, Oberst Franz Arnold, führte das Landeskommando eine Weiterbildungsveranstaltung des

Führungspersonals der Kreis - und Bezirksverbindungskommandos (KVK/BVK) durch, der auch der Innenminister des Landes Baden-Württemberg, Heribert Rech, beiwohnte. ... Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech dankte Oberst Arnold für den Umbau des Verteidigungsbezirkskommandos (VBK) zum heutigen Landeskommando und der Einnahme der neuen ZMZ Struktur welche unter seiner Führung stattfand. Explizit betonte der Innenminister die Wichtigkeit der TERREX Übungen, welche das Landeskommando mit KVK/BVK und den Organisationen der Kreise durchführt und die einen grundlegenden Pfeiler der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit bilden. In seiner 30-minütigen Rede ging er auf die aktuelle Haushaltslage und die Sparverpflichtungen im Landeshaushalt der nächsten Jahre ein. Im Anschluss beantwortete der Minister Fragen welche sich hauptsächlich auf die ZMZ bezogen, aber auch tagesaktuelle Themen, wie Stuttgart 21, wurden behandelt."
Streitkräfteunterstützungskommando

Militär und Polizei: Vorratsbeschlüsse gegen die Republik
„Das Bundesministerium der Verteidigung hat am 9. April 2010 einen Vorratsbeschluss dahingehend getroffen, dem Sondereinsatzkommando (SEK) der schleswig-holsteinischen Polizei „bei zeitkritischen Einsatzlagen" Hubschrauber zur Verfügung zu stellen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/2281). Die Polizeikräfte sollen dabei zu Einsätzen auf vorgelagerte Inseln befördert werden. Die Maßnahme dient der Unterstützung von Tätigkeiten der Polizei, die in Grundrechte eingreifen und geht auf ein Amtshilfeersuchen des schleswig-holsteinischen Innenministeriums zurück."
Bundestags-Drucksache 17/2848

Kultusministerium Hessen und Bundeswehr unterzeichnen Kooperationsvertrag
„04.11.2010 - Pressemitteilung
Wiesbaden. Das Hessische Kultusministerium und das Wehrbereichskommando II der Bundeswehr haben heute eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, in der die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Jugendoffizieren an hessischen Schulen festgelegt werden. Die Experten der Bundeswehr sollen den Schülerinnen und Schülern Fragen der Sicherheitspolitik und damit verbundene Aufgaben der Bundeswehr näher bringen.
Hessisches Kultusministerium

Polizei- und Zolleinsätze im Ausland
Inneres/Antwort
Berlin: (hib/STO/BOB) Fast 350 deutsche Polizei- und Zollbeamte sind Ende Juni dieses Jahres an bi- oder multilateralen Missionen beteiligt gewesen. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung (*17/2845*) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (*17/2769*) über "Polizei- und Zolleinsätze im Ausland" hervor. Danach waren mit Stand vom 28. Juni 2010 insgesamt 344 Beamte von Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Zoll und Länderpolizeien an insgesamt zwölf Missionen beteiligt. HiB 14.9.10

Bundespolizei unterstützt Griechenland
In den kommenden Wochen werden Polizeivollzugsbeamte der Bundespolizei ihre griechischen Kollegen an der griechisch-türkischen Landgrenze bei der Bewältigung des wachsenden Flüchtlingsstroms unterstützen. Zeitweise werden bis zu 40 deutsche Beamtinnen und Beamte an dem FRONTEX-Einsatz teilnehmen. (3.11.2010) BS